

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 47 | 24.11.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

LIT: SAVE THE DATE

[Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law an der JKU Linz am 11. Jänner 2018](#)

LIT: CALL FOR PAPERS

[Workshops im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law am 12. Jänner 2018](#)

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 316/2017 \(Anlage A; Anlage B\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung betreffend den Frauenförderungsplan für das Bundesministerium für Bildung (Frauenförderungsplan BMB)

[BGBl III 207/2017](#)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens

[BGBl III 208/2017 \(Anlage\)](#)

Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Mongolei andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 302 v 17.11.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1380/2013 über die Gemeinsame **Fischereipolitik**

[ABI L 304 v 21.11.2017, 1](#)

Beschluss (EU) 2017/2152 des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung des Beschlusses Nr 189/2014/EU zur Ermächtigung Frankreichs, auf in Guadeloupe, Französisch-Guayana, Martinique und Réunion hergestellten „traditionellen“ **Rum** ermäßigte Sätze bestimmter **indirekter Steuern** anzuwenden

[ABI L 305 v 21.11.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/2101 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1920/2006 in Bezug auf den **Informationsaustausch** zu neuen **psychoaktiven Substanzen** und das Frühwarnsystem und das Risikobewertungsverfahren für neue psychoaktive Substanzen

[ABI L 305 v 21.11.2017, 8](#)

Richtlinie (EU) 2017/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung der Richtlinie 2011/65/EU zur Beschränkung der Verwendung bestimmter **gefährlicher Stoffe** in **Elektro-** und **Elektronikgeräten**

[ABI L 305 v 21.11.2017, 12](#)

Richtlinie (EU) 2017/2103 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI des Rates zur Aufnahme neuer **psychoaktiver Substanzen** in die **Drogendefinition** und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/387/JI des Rates

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2017, [E 905/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status einer subsidiär Schutzberechtigten** in Bezug auf den Herkunftsstaat Weißrussland infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens und Begründung der Entscheidung unter Zugrundelegung veralteter Länderberichte; Ablehnung der Beschwerdebehandlung hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Asylstatus

21.09.2017, [E 2341/2017](#); [E 2172/2017](#)

GlücksspielG; Verletzung im Recht auf persönliche Freiheit durch Verhängung von – **vom VStG abweichenden** – **Ersatzfreiheitsstrafen** wegen Übertretung des GlücksspielG

22.09.2017, [K I 4/2017](#)

B-VG; Entscheidung eines verneinenden **Kompetenzkonflikts** zwischen dem OGH und der NÖ Agrarbezirksbehörde; Feststellung der Zuständigkeit der Agrarbehörde zur Entscheidung über die Einverleibung des Eigentums an in ein Zusammenlegungsverfahren einbezogenen Grundstücken

22.09.2017, [K I 10/2016](#)

B-VG; Entscheidung eines verneinenden **Kompetenzkonflikts** zwischen einem Bezirksgericht und dem Amt der Tir LReg als Agrarbehörde; Feststellung der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Entscheidung über eine – mit einer Zusammenlegung in keinem Zusammenhang stehende – Schadenersatzforderung für ein Grundstück

22.09.2017, [E 503/2016](#)

AusländerbeschäftigungsG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung einer Beschwerde gegen die Versagung einer **Sicherungsbescheinigung für eine Saisonarbeitskraft** wegen Unterlassung einer Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Verweigerung der Befürwortung der Ausstellung der beantragten Sicherheitsbescheinigung durch den Regionalbeirat

22.09.2017, [E 2670/2017](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch **Versagung eines Aufenthaltstitels „Rot-Weiß-Rot – Karte plus (Familiengemeinschaft)“** wegen verfassungswidriger Interessenabwägung

22.09.2017, [E 3289/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** für eine Staatsangehörige der Russischen Föderation; Außerachtlassen des konkreten Sachverhalts und aktenwidrige Entscheidungsbegründung in Bezug auf die Ermordung des Lebensgefährten und die behaupteten Misshandlungen der Beschwerdeführerin

29.09.2017, [V 43/2017](#) (Anlassfall [E 2535/2016](#))

WirtschaftskammerG; Aufhebung einer als **selbständige VO** zu qualifizierenden Verlautbarung der Fachgruppentagung der Fachgruppe Holzindustrie betreffend die **Grundumlage 2015** wegen **fehlerhafter Kundmachung** angesichts der Einschränkung des zeitlichen Geltungsbereichs der mit Beschluss der Fachgruppentagung von 2011 festgelegten Grundumlage

11.10.2017, [E 1320/2017](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch **Abweisung des Antrags** einer Staatsangehörigen von Ghana auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, auf Zulassung der Inlandsantragstellung sowie auf Absehen vom Nachweis von Deutschkenntnissen mangels Berücksichtigung der besonderen Beziehung zwischen einem neugeborenen Kind und seiner Mutter

11.10.2017, [E 2007/2017](#)

FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** und Feststellung der **Zulässigkeit der Abschiebung** nach Serbien sowie Verhängung eines befristeten Einreiseverbots über einen in Österreich aufgewachsenen serbischen Staatsangehörigen wegen Unterlassung jeglicher Ermittlungstätigkeit hinsichtlich des Vorliegens einer absoluten Aufenthaltsverfestigung und der familiären Verhältnisse

11.10.2017, [E 2201/2017](#)

BFA-VerfahrensG; keine Verletzung in Rechten wegen **Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm** mangels Anwendung der vom VfGH aufgehobenen Neufassung der Regelung des BFA-VerfahrensG über die verkürzte Beschwerdefrist; keine Präjudizialität der – denkunmöglich – angewendeten alten Fassung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

16.10.2017, [Ra 2015/05/0052](#)

Oö BauO; strafbar gem § 57 Abs 1 Z 2 Oö BauO sind die vom Bauherrn oder Bauführer eines bewilligungspflichtigen Bauvorhabens unter den dort näher aufgezählten Voraussetzungen durchgeführten Ausführungshandlungen; dies erfordert mit

Blick auf die Anforderungen des § 44a VStG, dass im Spruch des Straferkenntnisses konkret umschrieben sein muss, welche **Ausführungshandlungen dem Bauherrn oder Bauführer angelastet** werden; es ist nicht erforderlich, anzuführen, welche Arbeiten an welchem Tag durchgeführt worden sind; der Tatbestand des § 57 Abs 1 Z 2 leg cit erschöpft sich in der Herstellung eines gesetzwidrigen Zustands; die Verjährungsfrist beginnt mit dem Zeitpunkt des Abschlusses der dem Beschuldigten angelasteten baulichen Maßnahmen zu laufen, mag der Bau auch noch nicht fertiggestellt sein

17.10.2017, [Ra 2017/01/0309](#)

SicherheitspolizeiG; gem § 5 Abs 2 Z 4 SicherheitspolizeiG können **Polizeiärzte Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes** sein, wenn sie die Polizeigrundausbildung absolviert haben und zur Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt ermächtigt sind; wenn ein Angehöriger des polizeiärztlichen Dienstes in einer früheren Verwendung die Polizeigrundausbildung absolviert hat, so ist er nur dann Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes, wenn er zur Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt ermächtigt wurde und in einer Verwendung als Exekutivbeamter tätig wird; Tätigkeiten in der Verwendung im polizeiärztlichen Dienst, insbesondere amtsärztliche Tätigkeiten iSd § 41 Abs 2 ÄrzteG, fallen dagegen nicht unter § 5 Abs 2 Z 4 SicherheitspolizeiG; im Rahmen dieser Verwendung sind Polizeiärzte keine Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und auch keine Adressaten der Richtlinien-VO

18.10.2017, [Ra 2016/19/0351](#)

BFA-VerfahrensG; § 10 Abs 2 BFA-VerfahrensG regelt die **Vertretungsbefugnis der Elternteile**; bei widerstreitenden der Erklärungen der Elternteile bei ehelichen Kindern ist die zeitlich frühere Erklärung relevant; bei unehelichen Kindern kommt in einem solchen Fall die Vertretung der Mutter zu, soweit der Vater nicht mit der alleinigen Obsorge betraut ist; aus dem Gesamtkontext dieser Bestimmung geht hervor, dass selbst bei unehelichen Kindern grundsätzlich beide Elternteile vertretungsbefugt sind, anderenfalls würde die Regelung bei widersprechenden Erklärungen im Vertretungsfall bei unehelichen Kindern keinen Sinn ergeben; eine solche Vorrangregelung setzt nämlich denklogisch eine Konfliktsituation beider vertretungsbefugten Elternteile voraus

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 20.10.2017, [W249 2014822-1](#)

ORF-G; eine **Abschöpfung gem § 38b ORF-G** stellt **keine Strafe**, sondern einen Ausgleich für einen infolge einer rechtswidrigen Handlung erlangten wirtschaftlichen Vorteil dar; dass eine Abschöpfung auf formelle bzw grobe Rechtsverletzungen zu beschränken sei, kann dem Wortlaut des § 38b leg cit nicht entnommen werden; in der Anordnung „durch eine gegen die Bestimmungen der §§ 13 bis 17 verstoßende rechtswidrige Handlung“ (Abs 1 leg cit) ist keine Qualifizierung des Verstoßes zu erblicken

LVwG Oö 16.11.2017, [LVwG-151149](#)

Oö BautechnikG; AVG; wird vom Bf im **verwaltungsgerichtlichen Verfahren** erstmals ein eigenständiges, inhaltlich von jenem des SV der Baubehörde abweichendes **Gutachten** vorgelegt, ist das LVwG gehalten, diese **Widersprüche** durch einen von ihm bestellten AmtsSV klären zu lassen; davon ausgehend ist die Beschwerde abzuweisen, wenn sich aus dem Gutachten des AmtsSV ergibt, dass die vom Gutachter des Bf gewählte Methode – nämlich die Außerachtlassung der unmittelbar angrenzenden Grundparzellen – vor dem Hintergrund des § 3 Abs 3 Z 3 Oö BautechnikG deshalb nicht vertretbar ist, weil der Landesgesetzgeber durch das Abstellen auf die „Charakteristik der Umgebung“ die angrenzenden Bauplätze offensichtlich in die Beurteilung, ob eine Störung des Orts- oder Landschaftsbildes vorliegt, einbezogen wissen wollte

LVwG Oö 21.11.2017, [LVwG-411658](#)

LVwG Oö 22.11.2017, [LVwG-411656](#)

GlücksspielG; VStG; gem § 52 Abs 2 erster Halbsatz GlücksspielG iVm § 16 Abs 2 VStG resultiert eine grundsätzliche Relation dahin, dass bei Zugrundelegung des (jeweils) höchsten Ausmaßes des **gesetzlichen Strafrahmens für Geldstrafen** (also von 10.000 Euro / 30.000 Euro / 60.000 Euro) pro verwendetem Glücksspielapparat diesem stets nur ein Höchstausmaß der Ersatzfreiheitsstrafe von jeweils 336 Stunden gegenübersteht, sodass also im Ergebnis für die beiden qualifizierten Tatbilder „Verwendung von mehr als 3 Glücksspielautomaten“ bzw „Wiederholungsfall“ ein vergleichsweise **degressiveres Ausmaß der Ersatzfreiheitsstrafe** resultiert; Übertretungen des GlücksspielG sollen daher zwar durchaus gravierende Eingriffe in das Grundrecht auf Eigentum bewirken, jedoch keine allzu rigorose Beeinträchtigung des Grundrechts auf persönliche Freiheit nach sich ziehen

LVwG Oö 22.11.2017, [LVwG-411506](#)

VStG; Mindestvoraussetzung dafür, um im Bereich des Verwaltungsstrafverfahrens den Anforderungen des Art 6 Abs 1 EMRK im Hinblick auf die **Vermeidung eines Anscheines der Vermischung von richterlicher und Anklagefunktion** zu genügen, ist das Vorliegen einer Anklageschrift in Form eines behördlichen Straferkenntnisses; eine solche der Sphäre der Staatsfunktion „Verwaltung“ zurechenbare Anklage existiert jedoch dann nicht, wenn die Behörde das über eine polizeiliche Anzeige hin eingeleitete Verfahren wegen Nichtvorliegens eines gesetzlichen Straftatbestands gem § 45 Abs 1 VStG eingestellt hat

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[22.11.2017, Rs C-691/15 P, Kommission / Bilbaina de Alquitranes ua](#)

Rechtsmittel – **Umwelt** – Verordnung (EG) Nr 1272/2008 – Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung bestimmter Stoffe und Gemische – Verordnung (EU) Nr 944/2013 – Einstufung von Pech, Kohlenteer, Hochtemperatur – **Toxizitätskategorien** Aquatisch Akut 1 (H400) und Aquatisch Chronisch 1 (H410) – **Sorgfaltspflicht** – Offensichtlicher Beurteilungsfehler

[22.11.2017, Rs C-224/16, AEBTRI](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Externes Versandverfahren – **Straßengüterverkehr** mit Carnets TIR – Art 267 AEUV – Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Auslegung der Art 8 und 11 des **TIR-Übereinkommens** – Nichterledigung des TIR-Versands – Haftung des bürgenden Verbands – Art 8 Abs 7 des TIR-Übereinkommens – Verpflichtung, soweit möglich die Zahlung zunächst von der Person oder den Personen zu verlangen, die sie unmittelbar schulden, bevor der bürgende Verband zur Zahlung aufgefordert wird – Erläuterungen in der Anlage zum TIR-Übereinkommen – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 457 Abs 2 – **Zollkodex** der Gemeinschaften – Art 203 und 213 – Personen, die die Ware erworben oder im Besitz gehabt haben, obwohl sie wussten oder billigerweise hätten wissen müssen, dass diese der **zollamtlichen Überwachung** entzogen worden war

[22.11.2017, Rs C-251/16, Cussens ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 4 Abs 3 Buchst a und Art 13 Teil B Buchst g – Befreiung anderer als der in Art 4 Abs 3 Buchst a genannten Lieferungen von Gebäuden und dem dazugehörigen Grund und Boden – Grundsatz des Verbots missbräuchlicher Praktiken – Anwendbarkeit bei Fehlen nationaler Bestimmungen zur Umsetzung dieses Grundsatzes – Grundsätze der **Rechtssicherheit** und des **Vertrauensschutzes**

[23.11.2017, verb Rs C-596/15 P und C-597/15 P, Bionorica / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Öffentliche Gesundheit** – **Verbraucherschutz** – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – Gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel – Art 13 Abs 3 – Liste gesundheitsbezogener Angaben über **Lebensmittel** – Pflanzliche Stoffe – Zurückgestellte gesundheitsbezogene Angaben – Untätigkeitsklage – Art 265 AEUV – Stellungnahme der Europäischen Kommission – Rechtsschutzinteresse – Klagebefugnis

[23.11.2017, Rs C-246/16, Di Maura](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Besteuerungsgrundlage – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 11 Teil C Abs 1 Unterabs 2 – Beschränkung des Rechts auf Verminderung der Besteuerungsgrundlage bei Nichtzahlung des Ver-

tragspartners – Umsetzungsspielraum der Mitgliedstaaten – Verhältnismäßigkeit des Zeitraums der Vorfinanzierung durch den Unternehmer

[23.11.2017, Rs C-292/16, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Niederlassungsfreiheit** – Direkte Besteuerung – **Körperschaftsteuer** – Richtlinie 90/434/EWG – Art 10 Abs 2 – Einbringung von **Unternehmensteilen** – Gebietsfremde Betriebsstätte, die bei einer Einbringung von Unternehmensteilen an eine ebenfalls gebietsfremde übernehmende Gesellschaft übertragen wird – Recht des Mitgliedstaats der einbringenden Gesellschaft zur Besteuerung der anlässlich der Einbringung von Unternehmensteilen entstandenen Gewinne oder Veräußerungsgewinne dieser Betriebsstätte – Nationale Regelung, die die sofortige Besteuerung der Gewinne oder Veräußerungsgewinne ab dem Jahr der Übertragung vorsieht – Beitreibung der Steuer als Einkünfte des Steuerjahrs, in dem die Einbringung von Unternehmensteilen erfolgt ist

[23.11.2017, Rs C-381/16, Benjumea Bravo de Laguna](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Unionsmarke** – Art 16 – Marken als Gegenstand des Vermögens – Gleichstellung der Unionsmarke mit der **nationalen Marke** – Art 18 – Übertragung einer für den Agenten oder Vertreter des Markeninhabers eingetragenen Marke – Nationale Vorschrift, die es ermöglicht, Klage auf Übertragung der Inhaberschaft einer unter Beeinträchtigung der Rechte des Inhabers oder unter Verletzung einer gesetzlichen oder vertraglichen Pflicht eingetragenen nationalen Marke zu erheben – Vereinbarkeit mit der Verordnung Nr 207/2009

[23.11.2017, verb Rs C-427/16 und C-428/16, CHEZ Elektro Bulgaria](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Festsetzung der **Mindesthonorare** durch einen **Berufsverband der Rechtsanwälte** – Verbot für ein Gericht, die Erstattung eines unter diesen Mindestbeträgen liegenden Honorar Betrags anzuordnen – Nationale Regelung, nach der die Mehrwertsteuer als Bestandteil des Preises einer in Ausübung eines freien Berufs erbrachten Dienstleistung angesehen wird

[23.11.2017, Rs C-547/16, Gasorba ua](#)

Wettbewerb – **Art 101 AEUV** – Vereinbarungen zwischen Unternehmen – Geschäftsbeziehungen zwischen **Tankstellenbetreibern** und **Mineralölunternehmen** – Langfristige Alleinbezugsvereinbarung über Treibstoffe – Beschluss, mit dem die Europäische Kommission Verpflichtungszusagen eines Unternehmens für bindend erklärt – Umfang der Bindung nationaler Gerichte an einen Beschluss der Kommission über die Verpflichtungszusagen – Art 9 Abs 1 und Art 16 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 1/2003

B. SCHLUSSANTRÄGE

[21.11.2017, Rs C-191/16, Piscioti \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 18 und 21 AEUV – **Abkommen EU–USA** über **Auslieferung** – Verfassungsrechtliche Norm eines Mitgliedstaats, die die Auslieferung eigener Staatsangehöriger an Drittstaaten verbietet – Unterschiedliche Behandlung von Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten – Klage auf Feststellung, dass eine Auslieferung eines Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaats an die Vereinigten Staaten einen klaren Verstoß gegen Unionsrecht darstellt, der zur **Haftung** des betreffenden Mitgliedstaats führt

[22.11.2017, Rs C-531/16, Specializuotas transportas \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung Richtlinie 2004/18/EG Verfahren zur **Vergabe öffentlicher Bauaufträge**, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge Gleichbehandlung Transparenz Effektiver Wettbewerb zwischen den Bietern Verbindungen zwischen Bietern, die in demselben Verfahren eigenständige Angebote eingereicht haben **Offenlegungspflicht** der miteinander verbundenen Bieter Pflichten des öffentlichen Auftraggebers und des nationalen Gerichts

[23.11.2017, Rs C-418/16 P, mobile de / EUIPO \(GA Sharpston\)](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – **Nichtigkeitsverfahren** – Entscheidungen der Beschwerdekammern, mit denen Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung aufgehoben und die Sachen nach Art 64 Abs 2 der Verordnung (EG) Nr 207/2009 zur weiteren

Entscheidung zurückverwiesen werden – Etwaiges Ermessen der Nichtigkeitsabteilung, unter solchen Umständen verspätet vorgelegte Beweismittel nach Art 76 Abs 2 zu berücksichtigen

[23.11.2017, Rs C-482/16, Stollwitzer \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78 – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Diskriminierung** wegen des **Alters** – Ausschluss der vor Vollendung des 18. Lebensjahrs erworbenen Berufserfahrung – Reform des **Gehaltssystems** der Vertragsbediensteten der **Österreichischen Bundesbahnen** – Übergangsregelung – Perpetuierung der Ungleichbehandlung

[23.11.2017, Rs C-541/16, Kommission / Dänemark \(GA Tanchev\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Güterkraftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 1072/2009 – Art 2 Nr 6 – Begriff der Kabotage – Art 8 Abs 2 – Höchstzahl von Kabotagebeförderungen innerhalb von sieben Tagen nach der letzten Entladung der eingeführten Lieferung – Nationale Regelung, nach der eine Kabotage entweder mehrere Beladeorte oder mehrere Entladeorte haben kann, nicht jedoch beides – **Rechtsverbindlichkeit** der von der **Kommission** verabschiedeten und auf ihrer Webseite veröffentlichten ‚Fragen & Antworten‘, die dem Ausschuss für den Straßenverkehr nicht zur Abstimmung vorgelegt wurden

[23.11.2017, Rs C-566/16, Vámos \(GA Wahl\)](#)

Steuerrecht – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 281 bis 294 – Sonderregelung für **Kleinunternehmen** – **Steuerbefreiungsregelung** – Verpflichtung, sich zum Zeitpunkt der Anzeige der Aufnahme **steuerpflichtiger Tätigkeiten** für die Anwendung der Sonderregelung zu entscheiden – Keine Anzeige der Aufnahme steuerpflichtiger Tätigkeiten – Rückwirkende Anwendung der Regelung

[23.11.2017, Rs C-572/16, INEOS \(GA Saugmandsgaard ØE\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/87/EG – Umwelt – System für den **Handel** mit **Treibhausgasemissionszertifikaten** in der Europäischen Union – Art 10a – Beschluss 2011/278/EU – Übergangsvorschriften für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten – Regelung eines Mitgliedstaats, die den Zuteilungsantrag an eine Ausschlussfrist knüpft – Unmöglichkeit, den Antrag nach Ablauf dieser Frist zu ergänzen oder zu korrigieren – Fehlen einer abschließenden Harmonisierung – Verfahrensautonomie – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

C. GERICHT

[20.11.2017, T-452/15, Petrov ua / Parlament](#)

Mitglied des **Europäischen Parlaments** – Verweigerung des Zugangs zu den Gebäuden des Parlaments – Drittstaatsangehöriger – Art 21 der **Charta der Grundrechte** – **Diskriminierung** wegen der ethnischen Herkunft – Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit – Zulässigkeit eines Klagegrundes – Diskriminierung wegen der politischen Anschauung – Gleichbehandlung – Ermessensmissbrauch

[20.11.2017, T-618/15, Voigt / Parlament](#)

Mitglied des **Europäischen Parlaments** – Verweigerung der Zurverfügungstellung von Räumen des Parlaments – Drittstaatsangehörige – Verweigerung des Zugangs zu den Gebäuden des Parlaments – Art 21 der **Charta der Grundrechte** – **Diskriminierung** wegen der ethnischen Herkunft – Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit – Zulässigkeit eines Klagegrundes – Diskriminierung wegen der politischen Anschauung

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

16.11.2017, Beschwerde Nr [73974/14](#), *Tsalikidis ua / Griechenland*

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); mutmaßlicher **Selbstmord** eines Mitarbeiters eines Mobilfunkunternehmens einen Tag vor Bekanntmachung des **Abhörskandals** griechischer Regierungsmitglieder; die Familie des Toten nahm einen

Zusammenhang zwischen dem Mobilfunkskandal und dem Tod ihres Angehörigen an; mehrere Untersuchungen zum Todesfall kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen; die Inkonsistenz der Gutachten, das Fehlen von Suizidmotiven und eine mangelhafte Untersuchung des Todesfalles durch die Behörden stellen einen **Verstoß** gegen das **Recht auf Leben** dar

23.11.2017, Beschwerde Nr [66847/12](#), Haarde / Island

Keine Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren) und **keine Verletzung von Art 7 EMRK** (keine Strafe ohne Gesetz); Verurteilung des früheren Premierministers von Island wegen Fahrlässigkeit und mangelnder Informationsweitergabe in Bezug auf die inländische Bankenkrise; der EGMR befand, dass das entscheidende Gericht unabhängig handelte, Beweise ausreichend prüfte und keine politische Entscheidung traf; **kein Verstoß** gegen **Art 6 EMRK**; auch die gesetzliche Grundlage der Verurteilung war ausreichend determiniert; auch **kein Verstoß** gegen **Art 7 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.